

Initiativantrag

**der sozialdemokratischen Abgeordneten
betreffend
die Stärkung der Gemeinden als Konjunkturmotor Oberösterreichs**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, zur Stärkung der oberösterreichischen Gemeinden in ihrer Aufgabe als regionaler, konjunktureller Motor

1. sich bei den anstehenden Finanzausgleichsverhandlungen für ein 1 Milliarde Euro schweres Sonderprogramm des Bundes, welches ausschließlich kommunalen Investitionen dienen soll, und einen aufgabenorientierten Finanzausgleich einzusetzen sowie
2. den innerösterreichischen Finanzausgleich im Sinne einer stärkeren Aufgabenorientierung neu zu gestalten, damit Kompetenzen und Zahlungsströme entflechtet, Aufgaben- und Ausgabenverantwortung stärker zusammengeführt und eine zielgerichtete Mittelausstattung ermöglicht wird.

Begründung

Die wirtschaftlich angespannte Situation und die hohe Anzahl arbeitssuchender Menschen erfordern zusätzliche konjunkturstärkende Maßnahmen, die über das kürzlich beschlossene Paket des Landes Oberösterreich hinausgehen. Ein umfassender Wirtschaftsimpuls kann dabei von den Gemeinden kommen, denn sie sind regionale Auftrag- und Arbeitgeber. Investitionen in kommunale Strukturen wie Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Feuerwehren, Straßen-, Wasser- und Abwassernetze bringen Wertschöpfung in die Region und schaffen bzw. sichern Arbeitsplätze vor Ort. Besonders in Krisenzeiten ist diese Aufgabe der Kommunen umso wichtiger.

Leider sind die oberösterreichischen Gemeinden vielfach nicht mehr in der Lage, dieser Verantwortung nachzukommen. Ihnen wurden in der Vergangenheit zusätzliche Aufgaben übertragen, ohne die dafür notwendigen Mittel bereit zu stellen.

Mittlerweile zahlen die Gemeinden pro Jahr rund 325 Millionen Euro mehr in den innerösterreichischen Finanzausgleich, als sie von ihm zurück bekommen. Der Spielraum für Investitionen wird dadurch massiv eingeschränkt.

Öffentliche Aufträge sind aber der Motor, um die Abwärtsspirale aus hoher Arbeitslosigkeit und schwacher Konjunktur zu stoppen bzw. umzukehren. Von der geforderten Konjunktur-Milliarde des Bundes könnten die oberösterreichischen Gemeinden – und damit auch die regionale Wirtschaft – mit bis zu 170 Millionen Euro profitieren. Die Oö. Landesregierung soll daher im Rahmen der beginnenden Finanzausgleichsverhandlungen auf ein Bundes-Konjunkturpaket drängen, das die Gemeinden als wichtigste öffentliche Investoren in den Regionen unterstützt.

Gleichzeitig muss auch die Reform des österreichischen und innerösterreichischen Finanzausgleichs vorangetrieben werden. Ziel ist eine stärkere Aufgabenorientierung und Entflechtung der Finanzströme, die eine effektive und effiziente Mittelausstattung der Gebietskörperschaften ermöglicht, sowie eine Reduktion des „grauen“ Finanzausgleichs (Verlagerung von Aufgaben auf eine andere Gebietskörperschaft ohne Abgeltung des damit verbundenen Mehraufwands). Dadurch würden den Gemeinden mehr Mittel für besonders wertschöpfungs- und beschäftigungsintensive Projekte vor Ort zur Verfügung stehen.

Linz, am 7. Juli 2015

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Eidenberger, Pilsner, Makor, Promberger, Rippl, Krenn, Affenzeller, Müllner, Weichsler-Hauer, Bauer, Peutlberger-Naderer, Baumgartner, Röper-Kelmayr, Schaller